

das Verbot der Atombombe, der Wasserstoffbombe und anderer Massenvernichtungsmittel aufnehmen, weil es am meisten unter dem Atomkrieg leiden würde. Wir begrüßen es deshalb, daß sich in Westdeutschland eine breite Bewegung gegen die Stationierung von Atomwaffen, gegen die Anlegung von Sprenglöchern usw. entfaltet. Die westdeutsche Bevölkerung will, daß der westliche Teil unserer Heimat nicht zerstört, keine tote Zone wird. Wir bedauern, daß die Regierung der USA bis heute die Vorschläge der Sowjetunion auf Verbot der Atomwaffe und anderer Massenvernichtungsmittel noch nicht angenommen hat, daß sie noch einer klaren Beantwortung der Vorschläge ausweicht, die vom Vorsitzenden des Ministerrats der Sowjetunion, Genossen Malenkow, der USA-Regierung unterbreitet wurden.

Angesichts der besonderen Gefahr, in der sich die westdeutsche Bevölkerung und das ganze deutsche Volk befindet, schlagen wir vor:

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik und das Bonner Parlament fassen einen gemeinsamen Beschluß, der das Verbot der Atomwaffe und ähnlicher der Vernichtung der Bevölkerung dienender Waffen fordert. Der Text eines solchen Beschlusses könnte zwischen Abordnungen beider Parlamente vorher vereinbart werden.

Die amerikanischen Atomstrategen sollen wissen, daß Europa nicht Bikini ist. Wenn die Völker Europas einen gesamteuropäischen Friedenspakt schließen, werden die amerikanischen Kriegstreiber nicht imstande sein, die europäische Bevölkerung durch ihre Bomben zu atomisieren. (Beifall.)

Wir hoffen, daß der Vorschlag eines solchen gemeinsamen Auftretens beider Parlamente von der ganzen friedliebenden Bevölkerung in Westdeutschland unterstützt wird, daß eine breite Massenbewegung für diese Forderung entfaltet wird. (Beifall.)

Nachdem im japanischen Parlament Vertreter der verschiedensten Parteien mit den gegensätzlichsten Auffassungen einen einstimmigen Beschluß für das Verbot der Atombombe gefaßt haben, müßte das auch in Deutschland möglich sein.

Wir begrüßen, daß auch die Sozialdemokratische Partei in Westdeutschland beginnt, die Bevölkerung auf den Ernst der Lage hinzuweisen. Im Leitartikel des „Neuen Vorwärts“ vom 2. April heißt es unter der Überschrift: „Bis 5 Minuten nach 12?“: